

1 **Leitantrag der Jungen Union Sachsen-Anhalt zum 33. Landestag**

2 **Staatsmodernisierung durch Digitalisierung und Reformen**

3 Die öffentliche Verwaltung begegnet uns in vielen Bereichen des Alltags: Ob beim
4 Beantragen des Personalausweises oder beim Anmelden des Autos, überall werden
5 Daten abgefragt und Formulare ausgefüllt. Hinter den Kulissen laufen noch viel
6 komplexere Verwaltungsprozesse ab, die für die Gestaltung des gesellschaftlichen,
7 wirtschaftlichen und politischen Lebens immens wichtig sind. Mit Blick auf die überall
8 wahrnehmbare Digitalisierung – sei es beim Einkaufen im Onlineshop oder beim Mieten
9 eines Autos – scheinen manche Verwaltungsprozesse jedoch aus der Zeit gefallen. Dies
10 hat verschiedene Gründe, die auf mehreren Ebenen und untereinander konsistent
11 bearbeitet werden müssen. Dazu zählen auch die Vereinfachung und die
12 Verschlankung von Verwaltungsvorgängen.

13 **Effizienzsteigerung innerhalb bestehender Strukturen**

14 Im Ländervergleich sind in Sachsen-Anhalt im Verhältnis zur Einwohnerzahl mehr
15 Mitarbeiter im öffentlichen Dienst beschäftigt als in anderen Bundesländern. Die
16 Strukturen und Stellen im öffentlichen Dienst der einzelnen Länder lassen sich nicht
17 eins zu eins vergleichen, dennoch zeigt sich ein gewisses Missverhältnis.

18 Bisher fehlt an vielen Stellen ein **behördenübergreifender Daten- und**
19 **Informationsaustausch**. Aus diesem Grunde entstehen Doppelstrukturen, durch die
20 sich Verwaltungsprozesse verlangsamen. Wir fordern daher die **flächendeckende**
21 **Einführung der E-Akte bis 2028**. Darüber sollen auch Landes- und
22 Kommunalbehörden miteinander vernetzt werden.

23 Während einige Bereiche in Behörden und in der Verwaltung überlastet sind, sind die
24 Tische in anderen Bereichen weniger voll. Vor diesem Hintergrund muss im Rahmen
25 einer **Bedarfsanalyse zur Evaluierung des Personalbedarfs durch einen externen**
26 **Dienstleister** der Stellenplan so angepasst werden, dass alle Mitarbeiter in den
27 Verwaltungsstrukturen des Landes und der Kommunen bedarfsgerecht entlastet und
28 mit Aufgaben betraut werden. Darüber hinaus ist es erforderlich, dass überlastete
29 Bereiche auch kurzfristig unterstützt werden können, indem **Mitarbeiter entsprechend**
30 **ihrer Qualifikation bereichsübergreifend eingesetzt werden** können. Speziell
31 verbeamtete Mitarbeiter können für einen absehbaren Zeitraum auch in anderen
32 Funktionen eingesetzt werden. Dies gilt insbesondere in Notlagen wie beispielsweise
33 einer Pandemie oder Flüchtlingskrise.

34 **Einführung einer Bürgerkarte**

35 Mit Blick auf die Zukunft unserer digitalen Gesellschaft fordern wir, dass sich die
36 amtierende Landesregierung mit der **Einführung einer Bürgerkarte** nach estnischem
37 Vorbild auseinandersetzt und deren bundesweite Umsetzung anstrebt. Eine solche
38 Karte hat sich in anderen europäischen Ländern als ein wirkungsvolles Instrument zur
39 Digitalisierung des öffentlichen Lebens und zur Erleichterung zahlreicher
40 Verwaltungsprozesse erwiesen. Es ist an der Zeit, dass auch Deutschland von den
41 zahlreichen Vorteilen einer solchen Bürgerkarte profitiert. **Sie soll als Chipkarte für**
42 **alles dienen: Personalausweis, Führerschein, Gesundheitskarte, Fahrkarte im ÖPNV**
43 **und Bibliotheksausweis.** Der Gang zur Behörde sollte nur noch für Heirat und
44 Scheidung notwendig sein.

45 Sie würde eine Vielzahl administrativer Prozesse erheblich vereinfachen. Bürgerinnen
46 und Bürger könnten **Behördengänge und Formalitäten bequem von zu Hause aus**
47 **erledigen**, sei es die Beantragung von Dokumenten, die Steuererklärung oder die
48 Anmeldung von Wohnsitzen. Dies würde nicht nur den bürokratischen Aufwand
49 reduzieren, sondern auch die Effizienz und Geschwindigkeit der Verwaltungsprozesse
50 steigern.

51 Die Einführung einer Bürgerkarte würde auch die **Datensicherheit verbessern**. Mit
52 modernster Verschlüsselungstechnologie ausgestattet, könnte die Bürgerkarte
53 persönliche Daten sicher speichern und übertragen. Dies würde das Risiko von
54 Datenmissbrauch und Identitätsdiebstahl erheblich reduzieren.

55 Eine Bürgerkarte würde die **digitale Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger fördern**.
56 Besonders in ländlichen Gebieten, wo der Zugang zu Verwaltungsdiensten oft
57 eingeschränkt ist, könnte die Bürgerkarte eine bedeutende Verbesserung darstellen.
58 Sie würde es ermöglichen, unabhängig von Wohnort und Zeit auf wichtige
59 Dienstleistungen zuzugreifen und somit die digitale Kluft zu verringern. Hierfür braucht
60 es zwingend eine gut funktionierende Internetinfrastruktur.

61 Die Digitalisierung durch eine Bürgerkarte würde auch die **wirtschaftliche Entwicklung**
62 **fördern**. Unternehmen könnten von effizienteren Verwaltungsprozessen und einer
63 verbesserten digitalen Infrastruktur profitieren. Dies würde die Innovationskraft und
64 Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands im internationalen Vergleich steigern.

65 Angesichts dieser zahlreichen Vorteile ist es an der Zeit, die Einführung einer
66 Bürgerkarte in Deutschland entschlossen voranzutreiben.

67 **Föderalismus neudenken und reformieren**

68 Der Föderalismus ist ein zentrales Element des politischen Systems in Deutschland, das
69 auf der Verteilung von Kompetenzen zwischen Bund und Ländern basiert. Trotz seiner
70 historischen Bedeutung und vieler Vorteile gibt es immer wieder Reformbedarf. So
71 müssen Effizienz, Transparenz und Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen
72 Regierungsebenen rasant verbessert werden.

73 Ein zentrales Problem des deutschen Föderalismus ist die oft unklare
74 Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern. Dies führt nicht selten zu
75 Doppelarbeit, Kompetenzstreitigkeiten und ineffizienten Entscheidungsprozessen.
76 Eine Reform sollte daher darauf abzielen, die **Zuständigkeiten zwischen Bund und**
Ländern klarer zu definieren und zu trennen. Dies könnte durch **eine umfassende**
Überarbeitung des Grundgesetzes erreicht werden, bei der die Kompetenzbereiche
79 klar und eindeutig neu zugeordnet werden. Besonders in **Bereichen wie Bildung,**
Gesundheit und Innere Sicherheit könnten klarere Zuständigkeiten, auch für den
81 **Bund**, zu effizienteren und schnelleren Entscheidungsprozessen führen.

82 Ohne den Ergebnissen der Beratung vorwegzugreifen, kann aus unserer Sicht die
83 Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern durch den **Ausbau des kooperativen**
Föderalismusmodells, etwa durch Erweiterung der Gesetzgebungskompetenz des
Bundes in Art. 72 Abs. 2 GG, verbessert werden. In diesem Modell wird die
86 Zusammenarbeit institutionalisiert und systematisch gefördert. Hierzu könnten
87 gemeinsame Gremien und Ausschüsse geschaffen werden, die regelmäßig
88 zusammenkommen und gemeinsame Lösungen für übergreifende Probleme
89 erarbeiten. Dies würde nicht nur die Kommunikation verbessern, sondern auch
90 Synergien schaffen und eine kohärentere Politikgestaltung ermöglichen. Insbesondere
91 bei großen gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen wie dem Klimawandel oder
92 der Digitalisierung ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern
93 unerlässlich.

94 **Digitalisierung der Verwaltung: Effizienz und Zukunftsfähigkeit durch Reformen**

95 Die Digitalisierung ist entscheidend, um Verwaltungsprozesse effizienter zu gestalten
96 und dem Fachkräftemangel langfristig entgegenzuwirken. Um eine digitale Verwaltung
97 zu realisieren, müssen sowohl Gesetze als auch die Infrastruktur entsprechend
98 angepasst werden. Seit Anfang 2023 müssen Gesetzesvorhaben der Bundesregierung
99 mithilfe des sogenannten „Digitalchecks“ auf ihre Digitaltauglichkeit hin geprüft

100 werden. Dieser Check, verpflichtend durchgeführt durch den nationalen
101 Normenkontrollrat (NKR), bietet methodische Prozessbegleitung sowie fachliche
102 Hinweise zur digitalen Gesetzgebung.

103 Der Digitalcheck wurde bereits von Bayern und Sachsen übernommen und ermöglicht
104 es, Normen von Anfang an digitaltauglich zu gestalten. Er schafft die Voraussetzungen
105 für die digitale Umsetzung neuer Regelungen und fördert Transparenz sowie
106 Entbürokratisierung. Zusätzlich unterstützt der Digitalcheck den Übergang von
107 papierbasierten zu digitalen Prozessen und gewährleistet Datenintegrität. **Wir fordern**
108 **deshalb die Einführung des Digitalchecks in Sachsen-Anhalt.** So sollen
109 Gesetzgebungsprojekte auch auf Landesebene auf ihre digitale Kompatibilität geprüft
110 werden. Der Digitalcheck sollte gesetzlich verankert und in die Novelle des E-
111 Government-Gesetzes Sachsen-Anhalt (EGovG LSA) integriert werden

112 Auf Bundesebene wird die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse durch
113 Arbeitsgruppen konzeptioniert. Solche Arbeitsgruppen sollen auf Landesebene
114 ebenfalls eingesetzt werden. Dabei soll beachtet werden, dass neue digitale Prozesse
115 wirkungsorientiert umgesetzt werden. Ein wichtiger Schritt ist die **Umsetzung des**
116 **Once-only-Prinzips** im Rahmen der Registermodernisierung, wodurch Bürger ihre
117 Daten nur einmal hinterlegen müssen, und verschiedene Behörden darauf zugreifen
118 können. Cybersicherheit und digitale Archivierung spielen hierbei eine wesentliche
119 Rolle. Zudem sollten Bürger **besseren Zugang zu Daten** erhalten, beispielsweise durch
120 eine **Übersicht aller Landesförderungen**, um Fördermittel besser ausschöpfen zu
121 können.

122 Um diese Forderungen umzusetzen, müssen das Land und die Kommunen der
123 Digitalisierung hohe Priorität einräumen und entsprechende finanzielle Mittel
124 bereitstellen. Langfristig ergeben sich durch die Effizienzsteigerung nicht nur
125 Kosteneinsparungen, sondern auch eine Entlastung der Mitarbeiter und eine
126 Verbesserung der Bürgerfreundlichkeit der Prozesse. Abschließend fordert die Junge
127 Union Sachsen-Anhalt die **Einrichtung einer interministeriellen Arbeitsgruppe**, um
128 Konzepte für alle Verwaltungsebenen und -bereiche zu erarbeiten und umzusetzen.

129 Freisetzung von personellen Ressourcen und Reduzierung von Behördenstrukturen

130 Die Einführung der Bürgerkarte und umfassender digitaler Verwaltungsprozesse
131 ermöglicht eine **Freisetzung von personellen Ressourcen und eine Reduzierung von**
132 **Behördenstrukturen.** Durch die Digitalisierung vieler administrativer Aufgaben können

133 zahlreiche Arbeitsschritte automatisiert und optimiert werden, was zu erheblichen
134 Effizienzsteigerungen führt.

135 Die digitale Identifikation und elektronische Signatur vereinfachen zahlreiche Prozesse,
136 die zuvor manuelle Überprüfungen und Papierdokumente erforderten. Anträge und
137 Verträge können online bearbeitet und abgeschlossen werden, wodurch der Bedarf an
138 Personal für diese Aufgaben erheblich sinkt.

139 Durch die Bündelung von Dienstleistungen auf digitalen Plattformen können
140 **verschiedene Behördenfunktionen zentralisiert und rationalisiert werden**. Dies
141 ermöglicht die Schließung oder Zusammenlegung von Behörden, die zuvor separat
142 betrieben wurden.

143 **Die Nutzung von E-Government-Diensten reduziert die Notwendigkeit persönlicher
144 Vorsprachen und manueller Bearbeitungen von Anträgen**. Automatisierte Systeme
145 übernehmen Routineaufgaben wie die Bearbeitung von Steuererklärungen oder die
146 Ausstellung von Dokumenten, was zu einer weiteren Freisetzung personeller
147 Ressourcen führt. Dadurch wird dem bestehenden Fachkräftemangel begegnet.

148 Langfristig führt die Digitalisierung zu einer schlankeren, effizienteren Verwaltung. Die
149 freiwerdenden personellen Ressourcen können für andere, nicht automatisierbare
150 Aufgaben genutzt oder zur Kostensenkung abgebaut werden. Gleichzeitig werden
151 **Bürgerfreundlichkeit und Servicequalität der öffentlichen Verwaltung erhöht**.